

## „Zeitenwende“ als Bedrohung in einer bedrohten Welt

### Ein gefährlicher Strategiewechsel der führenden imperialistischen Länder in Zeiten des Niedergangs

Das Ende ist nah, der Untergang des Ganzen droht. Der Westen ruft die Zeitenwende aus, weil Russland die Ukraine angegriffen hat und die „demokratische Welt“ sich von einem aggressiven System aus dem Osten bedroht fühlt. Ist das so? Wenn ein Super-Alien von außen auf unsere Erde blickte, würde es vermutlich denken: Auf diesem Planeten gibt es eine verrückte Spezies, die sich Menschen nennen. Seit Jahrzehnten zerstören sie ihre eigenen Lebensgrundlagen, um Wohlstand zu generieren und um immer weiter zu wachsen. Aber anstatt sich an einen Tisch zu setzen und gemeinsam nach Lösungen für das Überleben zu suchen, führen sie sogar kulturelle und militärische Kriege gegeneinander. Es kann sich hier keinesfalls um ein vernunftbegabtes Lebewesen handeln. In der Tat, Menschen sind sehr intelligent. Und sie haben sich kraft ihrer Intelligenz zum Herrscher der Welt erhoben. Aber wenn es um die Erhaltung ihrer Art geht, vermisst man Intelligenz. Es ist und bleibt eines der großen Rätsel in der menschlichen Evolution: Wie ist es möglich, dass mit wachsender Schöpfungskraft des Menschen das Ausmaß der Selbstzerstörung zunimmt? Warum bekämpfen sich Staaten und Systeme heftig und unversöhnlich, wenn doch alle in einem sinkenden Boot sitzen und jeder mittlere Konflikt das ohnehin bedrohte Boot zum Kentern bringen kann? Warum glauben einige Protagonisten noch immer, man könne - ohne mit der anderen Seite zu kooperieren - die Erde für sich retten und erhalten? Warum beginnen sie sich voneinander zu entkoppeln und Kriege zu führen, wenn es doch kurz vor Zwölf ist? Die Eliten im Westen bringen diese absurde Situation mit dem russischen „Angriffskrieg“ auf die Ukraine in Zusammenhang. Dieser habe dem Westen vor Augen geführt, dass man es in Russland mit einem aggressiven (neo-imperialistischen) System zu tun habe, dominiert von einem verrückten Mann an der Spitze (Putin), gegen das man sich wehrhaft verteidigen und schützen müsse. Der Angriff auf die Ukraine sei erst der Anfang des Schlimmen. Man müsse dem Feind im Osten Einhalt bieten und die Ukraine massiv mit modernen Waffen unterstützen, sonst gewinnt Putin den Krieg und China macht das gleiche in Taiwan. Seitdem geistern Sätze durch den öffentlichen Raum, von denen man glaubte, sie würden nach den bitteren Erfahrungen mit den beiden Weltkriegen niemals mehr sagbar sein: „Waffen retten Leben.“ „Freiheit und Frieden müssen militärisch errungen und verteidigt werden.“

Das Narrativ der „Zeitenwende“ steht für eine radikale Neuorientierung der westlichen Außen- und Sicherheitspolitik. Nachdem man lange Zeit mit Systemkonkurrenten wirtschaftlich, technologisch und auch politisch kooperiert hat und eng verflochten ist, soll nun verhindert werden, dass sich die westlichen Länder in Abhängigkeit zu Regimes begeben, die nicht mit den Werten und Institutionen der liberalen Demokratie konform sind. Dabei geht es um den Neuaufbau von Lieferketten und Handelsbeziehungen nach dem Grundsatz: Der Westen muss seine wirtschaftlichen Beziehungen so gestalten, dass liberale Demokratien nicht geschwächt und Autokratien nicht gestärkt werden. Und es geht – wieder einmal - um den Ausbau militärischer Stärke und die Rückkehr zum Krieg als Mittel der Politik. Nicht irgendwo, sondern in Europa, wo bereits die letzten Weltkriege stattfanden. Neben den USA soll es eine starke europäische Militärmacht geben, die als Bollwerk gegen den autoritären Osten fungiert. Eine Ironie der Geschichte ist, dass Deutsche Waffen wieder gegen Russland in Stellung gebracht werden. Und wieder soll alles sehr schnell mit Unterstützung des militärisch-industriellen Komplexes auf den Weg gebracht werden. Der Parteivorsitzende der SPD, Lars Klingbeil, will gar einen „Pakt mit der Verteidigungsindustrie“ schließen, um gegen die Atommacht Russland massiv militärische Stärke zu entwickeln. "Wir müssen einen Pakt mit der

Verteidigungsindustrie in Deutschland schließen, alle an einen Tisch, es muss einen Handschlag geben, zu sagen: Die nächsten 15, 20 Jahre wird massiv investiert."

Die neue Strategie des Westens beruht auf der zentralen These, dass autoritäre Regimes vom Wesen her aggressiv und menschenverachtend sind und per se das westliche Werte- und Demokratiemodell (und damit die Menschheit?) bedrohen. In den Medien hierzulande wird der Krieg als Verteidigungskampf des Guten gegen das Böse dargestellt. Das ist aber nur ein Teil der Wahrheit und dieser Teil ist zudem propagandistisch entstellt. Bei der Zeitenwende geht es im Kern um etwas anders und um weit mehr. Es geht um das „böse Erwachen“ aus dem Traum vom Ende der Geschichte. Der Westen, der Anfang der 1990er Jahre aufgrund seiner technologischen und wirtschaftlichen Überlegenheit als Sieger im Systemwettstreit mit dem sowjetischen Sozialismus hervorging, wurde schon nach kurzer Zeit aus seinem Siegestraum herausgerissen. Denn er sah sich von einem Systemrivalen im Osten herausgefordert, der ihn unvermutet auf dem Terrain der wirtschaftlich-technologischen Dynamik Paroli bot, das bislang eine Domäne des liberalen Kapitalismus war. Zunächst glaubte man im Westen, dass es nur einige Zeit bedürfe, bis sich in China mit der wirtschaftlichen Modernisierung das westliche Modell durchsetzen würde, getrieben von der Dynamik des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und den damit verbundenen sozialen Veränderungen (Herausbildung einer neuen urbanen Klasse von Wissensarbeitern) oder auch unter dem Einfluss der Aktivitäten von westlichen Institutionen und Werte-Kampagnen. Diese Erwartung hat man inzwischen begraben müssen. China hat sich dem Westen – was das politische System und die Institutionen betrifft – nicht angeglichen, sondern geht seinen eigenen Weg und wird weiter von der Kommunistischen Partei regiert. In China hat sich keine nachholende Angleichung an den Westen vollzogen, sondern ein eigenständiger Modernisierungsprozess, der auf den kulturellen Ressourcen der chinesischen Gesellschaft aufsetzt und die neuen Produktivkräfte mit anderen Formen des Mindsets und der Regulierung verbindet. Und das offenbar erfolgreich. Die Grundannahme der westlichen Modernisierungstheorie, die davon ausgeht, dass China durch die Übernahme von westlichem Know-how und den Ausbau des kapitalistischen Wirtschaftsraumes im Inneren zwangsläufig zu einer Gesellschaft westlichen Typs wird, hat sich nicht erfüllt. Darin besteht der „schwarze Freitag“ des westlichen Fortschrittsparadigmas.

Ein Mantra im Westen lautet: „Wir entkoppeln uns von euch, weil ihr nicht werden wollt, wie wir sind und wie wir es gern wollen.“ Die Frage muss erlaubt sein: Warum sollen Ländern, mit denen der Westen wirtschaftlich kooperiert und Handel treibt, das politische Modell, die Lebensweise und die Werte der liberalen kapitalistischen Demokratien übernehmen? Worauf gründet sich dieser Anspruch? Er gründet sich darauf, dass der Westen sein Kultur- und Wertesystem als universell setzt, das heißt als allgemeingültigen zivilisatorischen Standard. Alle Länder, die diesen Standard unterlaufen, werden so als rückständig, reaktionär, inhuman etc. abqualifiziert. Das ist nichts anderes als Kultur-Imperialismus. Nach diesem Muster ist das alte Europa verfahren, als es andere Kontinente und Länder eroberte und den Ureinwohner das westliche Modell und den europäischen Mindset einpflanzte. Dieser historische Prozess der Zwangs-Missionarisierung beinhaltete die Abwertung und Zerstörung von indigenen Kulturen und deren Ersetzung durch das westliche Importgut. Das Muster ist das gleiche geblieben, die Formen haben sich modifiziert. Heute lautet die Hybris: Der Westen ist progressiv, die anderen sind rückschrittlich. Die liberalen Demokratien verkörpern das Gute, die nichtliberalen

Gesellschaften sind das Böse. Wenn sich heute postmoderne Identitäts-Aktivist\*innen im Nachhinein für die Eroberung und Unterdrückung von Kulturen in Südamerika oder Afrika mit symbolischen Aktionen entschuldigen wollen, so hilft das den betreffenden Völkern wenig und macht den Eroberungsfeldzug nicht rückgängig. Besser wäre es, wenn „progressive Aktivist\*innen“ sich dafür einsetzen, dass der Westen die Diversität von verschiedenen gleichberechtigten Werte- und Kulturformen anerkennt und sich vom neo-kolonialistischen Kulturimperialismus verabschiedet.

Es sind vor allem zwei Schlussfolgerungen, die der Westen aus der Systemauseinandersetzung der letzten Jahrzehnte gezogen hat. *Erstens – der westliche Kapitalismus wird von Systemrivalen herausgefordert, die über eine neue Qualität verfügen.* Wirtschaftliches Wachstum, technologischer Fortschritt und liberale Demokratie bilden keine singuläre Einheit (mehr). Der Aufstieg des modernen Chinas zeigt eindrucksvoll, dass sich prosperierende Wirtschaft, Entwicklung von Hochtechnologien und Wohlstandswachstum auch ohne bürgerliche Demokratie und liberale Werte vollziehen können und de facto auch vollziehen. Fatal ist dabei, dass der neue Systemkonkurrent wichtige Ressourcen und Dynamik aus der Globalisierung bezieht, die vom Westen beherrscht und geprägt wird. Der Westen musste zur Kenntnis nehmen, dass er es mit einer neuen Qualität von nicht-liberalen Systemen zu tun hat, die in der Lage sind, Marktwirtschaft und moderne Technologien für ihre eigene Dynamik und Stärkung zu nutzen, ohne dabei die führenden kapitalistischen Länder in Sachen neoliberale Wirtschaftspolitik, Überbau, Kultur und Werten zu kopieren.

*Zweitens – der kapitalistische Westen braucht eine neue Strategie für den Umgang mit neuen Systemkonkurrenten wie China.* Diese kann nicht mehr darauf aufbauen, dass der Rivale durch Handel und wirtschaftliche Kooperation sukzessive verwestlicht wird oder wegen mangelnder Eigendynamik kollabiert, so wie es beim sowjetischen Sozialismus der Fall war. Der neue Ansatz, den man im Westen gefunden hat, beruht auf einer Doppelstrategie. Zum einen geht es um die Forcierung der Kultur- und Werte-Auseinandersetzung mit nicht-liberalen Systemen, und zum anderen geht es um die gezielte wirtschaftliche und technologische Entkopplung von diesen Ländern. Es soll nicht mehr zugelassen werden, dass über den Weg der Kooperation und Globalisierung autoritäre Staaten gestärkt werden. „Die USA beschlossen für sich, dass eine komplett offene Weltwirtschaft nicht mehr im amerikanischen Eigeninteresse war, weil sie China zu stark gemacht hat.“ Schreibt der Makroökonom Moritz Schularick in der „Zeit“.

In dieser veränderten Epochenkonstellation liegt der wirkliche Ausgangspunkt für den imperialistischen Strategiewechsel. Die westliche Zeitenwende wurde erstmals von Trump unter dem Slogan „AMERICA First“ als Regierungsdoktrin zum Leitfaden der US-amerikanischen Politik. Ungeachtet aller Distanzierung zu Trump, sein Nachfolger Biden setzt diesen neuen Grundkurs fort. Wir haben es mit einer Neuausrichtung der US-Politik zu tun, die einen veränderten Umgang mit autoritären Systemen fordert und einleitet. Es geht dabei nicht primär um Menschenrechte, sondern um die Durchsetzung von eigenen Interessen und Werten und um die Frage, wie politische und ökonomische Vorteile für den Westen generiert werden können. Der Krieg in der Ukraine hat sicherlich den Paradigmenwechsel im Westen beschleunigt und auch geprägt, aber dieser Krieg ist weder die Ursache noch der Anlass dafür. Die wirkliche Geschichte hinter der Zeitenwende hat wenig mit dem „russischen Angriffskrieg“ zu tun, aber sehr viel damit, dass das bislang herrschende System an Einfluss verliert und schwächelt, während der Systemrivale stärker wird und an Macht und Attraktivität gewinnt. Die Krise im Westen ist ein Reflex auf die geopolitische Verschiebung des globalen Machtzentrums vom Westen in den Osten. Die Expansionsphase der westlichen Demokratie

scheint zu Ende zu gehen. Der „weltoffene demokratische Kapitalismus“, wie er sich gern selbst sieht, steckt in einer tiefen Krise oder sogar in einer Sackgasse? Sein Einfluss ist im Schwinden und im Inneren findet eine Zersetzung der demokratischen Werte und Institutionen statt, die vom Verfall der Eliten beschleunigt wird. Namhafte Sozialwissenschaftler wie S. Wolin und C. Crouch sprechen davon, dass sich die modernen westlichen Gesellschaften in den letzten Jahrzehnten in Postdemokratien gewandelt haben, die von totalitären und antidemokratischen Entwicklungsdynamiken deformiert werden. Drei Viertel der Bürger im Westen sind heute der Meinung, dass die bürgerliche Demokratie nicht (mehr) richtig funktioniert. Dieser Befund ist für ein Gemeinwesen, das sich auf die Idee der Demokratie (Volksherrschaft) beruft, erschütternd. Das liberale Imperium bröckelt, nicht nur im Zentrum (USA), sondern auch an den Rändern. Selbst in Israel plant die herrschende Regierung um Benjamin Netanjahu eine Reform des Justizwesens. Kritiker, nicht zuletzt auch in Israel selbst, sehen darin eine schwere Beschädigung des Rechtsstaates und warnen, „das Land sei auf dem Weg in autoritäre Verhältnisse, ähnlich wie in Ungarn oder der Türkei“. Es könnte passieren, dass in Israel ein „Gegenmodell zu den Idealen des liberalen Europas“ entsteht, und das wäre fatal und kritisch für den Westen. So Jan Ross in der „Zeit“. Und in dieser kritischen Lage wird der imperiale Westen von Systemkonkurrenten herausgefordert, die dynamischer und vitaler daherkommen als der sowjetische Frühsozialismus. Es geht ums Überleben, in zweifacher Hinsicht. Wir erleben den Niedergang jenes Imperiums, das seit über 300 Jahren die Welt erobert und beherrscht, das viele großartigen Erfindungen und Entdeckungen hervorgebracht hat, aber auch für die ungeheuren Zerstörungen verantwortlich zeichnet, die das Überleben der Menschheit bedrohen. Es ist nicht das erste Mal in der Geschichte, dass große Imperien verfallen und neuen Gesellschaftsformationen Platz machen. Aber es ist das erste Mal, dass sich der Niedergang eines weltweit herrschenden Imperiums mit dem Untergangsszenario der menschlichen Zivilisation überlappt. Kein Wunder, dass doppelte Endzeit-Stimmung herrscht. Denn der Niedergang der liberalen Demokratien im Westen fällt zusammen mit der Gefahr des Untergangs der menschlichen Zivilisation als Ganzes. Darin besteht die historische Einmaligkeit der heutigen Kapitalismus- und Zivilisationskrise. Die Super-Gefahr, dass sich die Art Homo sapiens in den nächsten Jahrzehnten selbst zerstört, liegt als Schatten über dem Niedergang des kapitalistischen Gesellschaftsmodells. Damit rückt eine alte Frage mit neuer Brisanz auf die Agenda: Wie kann verhindert werden, dass die niedergehende Supermacht die ganze Menschheit in den Untergang mitreißt? Über diese Frage müssen wir nachdenken. Vor allem wir im Westen. Dabei wird auch zu klären sein: Ist die Zeitenwende eine adäquate Antwort auf diese Frage? Die Zeitenwende beruft sich auf den Grundsatz: Der liberale Westen müsse sich, um seinen Werten treu zu bleiben, wirtschaftlich und kulturell von den autoritären Staaten dieser Welt entkoppeln. Aber sind dies nicht auch jene Staaten, mit denen wir zusammenarbeiten müssen, um die fundamentalen Menschheitsprobleme zu lösen?